

INHALT

1. CDU kritisiert Konzeptlosigkeit des Innenministers in der Flüchtlingspolitik
2. CDU macht sich für Infrastrukturausbau im Norden stark
3. Ministerpräsident Albig gegen Waffenlieferung in den Irak
4. CDU fordert finanzielle Unabhängigkeit für Jugendorganisationen
5. CDU fordert Positionierung der Albig-Regierung zum Verbraucherschutz ein

11.09.2014

CDU kritisiert Konzeptlosigkeit des Innenministers in der Flüchtlingspolitik Debatte über Große Anfrage der CDU-Fraktion



Migrationspolitische Sprecherin Astrid Damerow

Wie entwickeln sich die Zuwanderung sowie die Einreise von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Schleswig-Holstein? In einer Großen Anfrage hatte die CDU-Fraktion dazu einen Fragenkatalog entwickelt, um konkrete Zahlen und Fakten zu erhalten. Heute diskutierte der Landtag über die vorliegenden Antworten der Landesregierung. Innenminister Breitner legte in seiner Rede dar, dass bis zum Jahresende mit einem Anstieg der Flüchtlingszahlen in Schleswig-Holstein um 66 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen sei.

Mit Blick auf die aktuelle Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten kritisierte die migrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, dass die Landesregierung keine Vorsorge getroffen habe. Dabei sei der Anstieg der Flüchtlingszahlen bereits im vergangenen Jahr vorhersehbar gewesen. Schon damals hatte der Landtag auf Initiative der CDU-Fraktion die Landesregierung per Landtagsbeschluss aufgefordert, gemeinsam mit den

Kommunen ein „kurzfristig wirkendes und dauerhaft einsetzbares Konzept“ zu entwickeln, das die Unterbringung von Flüchtlingen sicherstellen sollte. Bis heute sei der Innenminister dieser Aufforderung nicht nachgekommen.

Hintergrund: Die Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster platzt derzeit aus allen Nähten. Als Reaktion auf die fehlenden Aufnahmeplätze hat das Land ein Zelt für die ankommenden Flüchtlinge aufstellen lassen. Eine Unterbringung in beheizten Zelten im Winter schloss der Innenminister heute nicht aus. Nach seinen Ausführungen fehlen in Neumünster 400 Plätze.

Kritik am derzeitigen Zustand kam aus allen Fraktionen. Die Abgeordnete Serpil Midyatli warf die Frage auf, warum nicht rechtzeitig Container bestellt worden seien. Die Schuld an der derzeitigen Unterbringungssituation gab die SPD-Politikern jedoch den Kommunen. Ihnen warf sie vor, sich nicht ausreichend auf die steigende Anzahl von Flüchtlingen vorbereitet zu haben.

Die Große Anfrage der CDU-Fraktion wird in den kommenden Wochen weiter in fünf Landtagsausschüssen beraten. Die Federführung hat der Innen- und Rechtsausschuss.

Rede der CDU-Abgeordneten Astrid Damerow:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-11_Pressemeldung_4541.pdf

Große Anfrage der CDU und Antwort der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2100/drucksache-18-2160.pdf>

Interfraktioneller Antrag vom 25.09.2013:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1142.pdf>

CDU macht sich für Infrastrukturausbau im Norden stark **Interessen Schleswig-Holsteins müssen stärker vertreten werden**



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

Gleich zwei verkehrspolitische Themen sorgten in der heutigen Landtagssitzung für rege Diskussionen. Zuerst stand das Thema Pkw-Maut auf der Agenda. Die Fraktionen von FDP und Piraten forderten ein Ende der Maut-Pläne auf Bundesebene.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, erklärte in seinem Redebeitrag: „Wir sind für eine Maut, wenn diese die Interessen Schleswig-Holsteins berücksichtigt. Ich erwarte, dass sich Ministerpräsident Albig dafür einsetzt, was er in den Koalitionsverhandlungen mit verhandelt hat.“

Die Aufgabe des Ministerpräsidenten sei es, die Maut umzusetzen. Er müsse dafür Sorge tragen, dass Schleswig-Holstein unter anderem im kleinen Grenzverkehr keine Nachteile erleide. Dies gelte insbesondere für die Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Ostholstein, sowie die Städte Flensburg, Lübeck und Kiel.

Das zweite Verkehrsthema ging auf die Initiative der CDU-Fraktion zurück. Erneut hatte sie das Thema A20 und B5 auf die Tagesordnung gesetzt.

Arp prophezeite der Landesregierung während der Debatte um den stockenden Neubau der B5 und A20: „Sie werden in dieser Legislaturperiode nicht einen Kilometer Bundesstraße neu bauen lassen, wenn Sie bei den Planungen nicht in die Gänge kommen. Die Landesregierung muss für die B5 und für alle Abschnitte der A20 noch im Jahr 2015 für Baureife sorgen.“

Die Landesregierung mache ihre Hausaufgaben nicht! Sie müsse Baurecht schaffen, dann gäbe es auch mehr Geld aus dem Bund für die Erhaltung und den Ausbau unserer Infrastruktur, erneuerte der CDU-Abgeordnete seine Forderung.

Hier der Link zum Bundesverkehrswegeplan:

<http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/UI/bundesverkehrswegeplan-2015-projektanmeldungen.html?nn=121406>

Ministerpräsident Albig gegen Waffenlieferung in den Irak CDU fordert Prüfung von Flüchtlingsaufnahme

Direkt im Anschluss an die Debatte über die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Zuwanderung und Flüchtlingspolitik befasste sich der Landtag heute mit der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak. Alle Fraktionen äußerten ihre Bestürzung über die erschreckende Gewalt, die von der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ausgehe.

Nicht einig waren sich die Fraktionen jedoch, wie den Menschen im Irak geholfen werden kann. Die Regierungsfaktionen forderten „unverzüglich eine humanitäre Aufnahmeaktion“ durch den Bund. Die Bundesregierung müsse den Kommunen „eine angemessene Unterstützung“ bereitstellen. Die migrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, wies in ihrem Debattenbeitrag darauf hin, dass eine direkte Hilfe vor Ort mehr Flüchtlinge erreiche, als es ein Aufnahmeprogramm jemals könnte. Darum müsste auf ersterem der Fokus liegen. Den Antrag der CDU-Fraktion, zunächst die Möglichkeiten und den Umfang für das geforderte Aufnahmeprogramm zu prüfen und so sicherzustellen, dass die Kommunen die Unterbringung gewährleisten können, lehnte der Landtag ab. Damerow hatte in ihrer Rede betont, dass es Aufnahmekontingente nur in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern geben könnte.

Neben einer möglichen Aufnahme von Flüchtlingen drehte sich die Debatte auch um die Waffenlieferungen in den Irak. Während die Mehrheit der Redner sich gegen eine solche Unterstützung der kurdischen Peschmerga stellte, unterstrich die CDU-Politikerin Damerow die Notwendigkeit der Lieferungen. Die Entscheidung habe die Bundesregierung nach gründlicher Abwägung getroffen. Es könne nicht sein, dass Waffenlieferungen durch die USA bejaht, während gleichzeitig deutsche Waffenlieferungen ausgeschlossen würden. Die internationale Unterstützung der Peschmerga-Einheiten hätte zudem bereits erste Wirkungen erzielt. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen betonte in der Debatte, dass sichergestellt werden müsse, dass die Waffen in Zukunft nicht in falsche Hände gerieten.

Der Landtag beschloss, dass sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung gegen Waffenlieferungen in den Irak und statt dessen für ein UN-Mandat einsetzen solle. Das

Abstimmungsverhalten der Regierungskoalition zeigte an dieser Stelle kein einheitliches Bild. Der SSW stimmte – wie auch die CDU und ein einzelner FDP-Abgeordneter – dieser Forderung nicht zu. Ministerpräsident Torsten Albig und SPD-Landeschef Ralf Stegner unterstützten die Forderung. CDU-Landtagsfraktionschef Callsen erklärte dazu:

„Die Entscheidung der Bundesregierung ist mit Unterstützung der Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Bundestag längst gefallen. Und diese Entscheidung war allemal verantwortungsvoller, als die heutige Empfehlung des Landtages: Wie lange würde es angesichts der derzeitigen politischen Weltlage dauern, bis der UN-Sicherheitsrat mit den Vetomächten Russland und China ein Mandat erteilt? Wie viele Menschen würden bis dahin sterben, weil sie den überlegenen Truppen der IS nichts entgegen zu setzen haben? Und welchen Einfluss hätte eine Bundesregierung auf die anstehenden Entscheidungen zur Wahrung des Weltfriedens noch, wenn sie sich in diesen Fragen komplett ins Abseits stellen würde? Diese Gewissensfragen mussten die Kollegen im Bundestag und in der Bundesregierung abwägen, weil ihre Abstimmung im Gegensatz zum Beschluss des Landtages Folgen hat. Ich halte es deshalb für verantwortungslos, dass Ministerpräsident Torsten Albig in dieser Frage dem Kurs seines Landesvorsitzenden Stegner folgt. Aufgabe der Regierungsparteien CDU und SPD ist es, den Menschen diese unangenehmen aber notwendigen Entscheidungen zu erklären.“

Rede der Abgeordneten Astrid Damerow:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-11_Pressemeldung_4542.pdf

CDU fordert finanzielle Unabhängigkeit für Jugendorganisationen Kinder- und Jugendaktionsplan fortführen und erweitern



Hans Hinrich Neve

In der Debatte um die Fortführung und Erweiterung des Kinder- und Jugendaktionsplanes waren sich die Abgeordneten aller Fraktionen in einem Punkt einig: Der Jugend eine Stimme geben – darauf kommt es den Parlamentariern an. Über den Weg dahin gibt es allerdings deutliche Unterschiede.

Dass die Jugendarbeit in Schleswig-Holstein auf breiten Beinen steht, sieht man an den Beispielen des Landessportverbandes, der Jugendfeuerwehren, des THW und der DLRG. Die Jugendverbände sind im Jugendring zusammengefasst. Dessen Sorgen und Nöte hatte sich vor rund zwei Wochen im Vorfeld der heutigen Debatte der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans Hinrich Neve angehört. Daher forderte die CDU heute, dass die

Jugendorganisationen im Vorwege einer Beschlussfassung noch intensiver in die Ausschussberatung einbezogen werden sollen.

„Ich bin mir sicher, wir tun gut daran, die Forderungen unserer Jugendverbände bei der Weiterentwicklung unseres Kinder- und Jugendplanes zu hören, zu prüfen und in unsere Entscheidung mit einzubeziehen“, sagte Hans Hinrich Neve.

Außerdem wies Neve auf die politischen Jugendorganisationen hin, die bei dem Thema politische Jugendbildung nicht fehlen dürften. „Es mag sein, dass der eine oder andere – auch hier im Landeshaus – die politischen Jugendorganisationen an das „Gängelband“ der Mutterparteien legen will. Doch das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis! Die CDU plädiert somit dafür, dass die politischen Jugendorganisationen in der Vereinigung politischer Jugendorganisationen ihre Unabhängigkeit behalten – und dies impliziert auch eine größtmögliche finanzielle Unabhängigkeit!“, sagte Hans Hinrich Neve und begründete damit einen entsprechenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Link zur Rede von Hans Hinrich Neve:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2200/drucksache-18-2255.pdf>

CDU fordert Positionierung der Albig-Regierung zum Verbraucherschutz ein Verbraucherzentralen warten seit zwei Jahren auf angekündigtes Konzept



Karsten Jasper, MdL

In der heutigen Plenardebatte befassten sich die Abgeordneten auch mit der Zukunft der Verbraucherschutzzentralen im Land. Der verbraucherschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Karsten Jasper, warf der Landesregierung vor, die Verbraucherzentralen seit zwei Jahren über die Pläne der Landesregierung im Unklaren zu lassen:

„Seit zwei Jahren warten die Verbraucherzentralen auf das verbraucherschutzpolitische Konzept der Landesregierung. 2012 hat die Landesregierung ein Gutachten mit einer Strategieempfehlung für die Verbraucherzentralen angekündigt. Die Öffentlichkeit wird über die Ergebnisse bis heute im Unklaren gelassen. Wir wissen noch nicht einmal, ob es Ergebnisse gibt. Klar ist nur: Die Landesregierung lässt die Verbraucherzentralen am ausgestreckten Arm verhungern“, erklärte Jasper.

Denn bei einer bloßen Fortschreibung des derzeitigen Konzeptes seien die Existenzen der Verbraucherzentralen gefährdet.

„Das darf angesichts der zunehmenden Bedeutung und immer komplexer werdenden Arbeit der Verbraucherzentralen nicht passieren. Die Landesregierung muss endlich sagen, wie es mit der Verbraucherberatung in Schleswig-Holstein weiter gehen soll“, forderte Jasper.

Hier zur Rede von Karsten Jasper:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-09-11_Pressemeldung_4550.pdf

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de